Abstimmungsvorlage

Steuergesetz

Nachtrag vom 14. April 2016

Der Kantonsrat des Kantons Obwalden

beschliesst:

I.

Der Erlass GDB 641.4 (Steuergesetz vom 30. Oktober 1994) (Stand 1. Januar 2017) wird wie folgt geändert:

Art. 1 Abs. 1

¹ Der Kanton und die steuerberechtigten Gemeinden erheben nach diesem Gesetz folgende Steuern:

e. *Aufgehoben*

Titel nach Art. 129

5. (aufgehoben)

Titel nach Titel 5.

5.1. (aufgehoben)

Art. 130

Aufgehoben

Titel nach Art. 130

5.2. (aufgehoben)

Art. 131

Aufgehoben

Art. 132

Aufgehoben

Art. 133

Aufgehoben

Titel nach Art. 133

5.3. (aufgehoben)

Art. 134

Aufgehoben

Art. 135

Aufgehoben

Art. 136

Aufgehoben

Titel nach Art. 136

5.4. (aufgehoben)

Art. 137

Aufgehoben

Art. 137a

Aufgehoben

Art. 138

Aufgehoben

Art. 139

Aufgehoben

Titel nach Art. 139

5.5. (aufgehoben)

Art. 140 Abs. 1 (aufgehoben), Abs. 2 (aufgehoben), Abs. 3 (aufgehoben)

¹ *Aufgehoben*

² *Aufgehoben*

³ *Aufgehoben*

Titel nach Art. 140

5.6. (aufgehoben)

Art. 141

Aufgehoben

Art. 180 Abs. 5 (geändert)

⁵ Bei den Grundstücksgewinn- und Handänderungssteuern muss jeder Ehegatte die nach diesem Gesetz den Steuerpflichtigen zustehenden Verfahrensrechte und Verfahrenspflichten für sich alleine ausüben.

Art. 200 Abs. 2 (aufgehoben), Abs. 3 (aufgehoben)

Inventar bei Todesfällen (Überschrift geändert)

² *Aufgehoben*

³ *Aufgehoben*

Art. 201

Aufgehoben

Art. 230 Abs. 2 (geändert)

² Haben die Steuerpflichtigen Einkommen, Vermögen, Reingewinn, Eigenkapital oder Grundstücksgewinn in ihrer Steuererklärung vollständig und genau angegeben und haben die Steuerbehörden die Bewertung anerkannt, so kann keine Nachsteuer erhoben werden, selbst wenn die Bewertung ungenügend war.

Art. 262 Abs. 1 (geändert)

¹ Für alle aus steuerbegründenden Veräusserungen von Grundstücken entstehenden Steuerforderungen (Grundstückgewinn-, Handänderungs-, Einkommens- sowie Gewinnsteuern) steht dem Kanton und den steuerberechtigten Gemeinden an den entsprechenden Grundstücken ein, den im Grundbuch eingetragenen privatrechtlichen Pfandrechten im Range vorangehendes, gesetzliches Pfandrecht zu, welches zu seiner Entstehung keiner Eintragung bedarf; es kann auch ohne Vorliegen einer rechtskräftigen Veranlagung im Grundbuch eingetragen werden.

Titel nach Art. 322 (neu)

10.9 Übergangs- und Schlussbestimmungen zum Nachtrag vom 14. April 2016

Art. 323 (neu)

Steuerausgleich

¹ Der Kanton leistet zur Minderung der Steuerausfälle in den Jahren 2017 bis 2019 jährliche Ausgleichsbeiträge.

² Ausgleichsberechtigt sind diejenigen Gemeinden, deren Steuerkraft weniger als 100 Prozent des Mittels aller Gemeinden beträgt (finanzschwache Gemeinden) und deren jährliche Einnahmen aus den Schenkungs- und Erbschaftssteuern bis 31. Dezember 2016 unter Fr. 500 000.– liegen.

³ Die Ausgleichsbeiträge umfassen:

- a. 2017: Fr. 40 000.– je ausgleichsberechtigte Gemeinde;
- b. 2018: Fr. 30 000.– je ausgleichsberechtigte Gemeinde;
- c. 2019: Fr. 20 000.– je ausgleichsberechtigte Gemeinde.

II.

Der Erlass GDB 641.41 (Vollziehungsverordnung zum Steuergesetz vom 18. November 1994) (Stand 1. Januar 2017) wird wie folgt geändert:

Titel nach Art. 33

4. (aufgehoben)

Art. 34

Aufgehoben

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Dieser Nachtrag tritt am 1. Januar 2017 in Kraft. Er unterliegt dem fakultativen Referendum.

Behördenreferendum:

Der Kantonsrat beschliesst, gestützt auf Art. 59 Abs. 2 Bst. a der Kantonsverfassung, dieses Gesetz der Volksabstimmung zu unterbreiten.

Sarnen, 14. April 2016

Im Namen des Kantonsrats
Die Ratspräsidentin: Ruth Koch-
Niederberger
Die Ratssekretärin: Nicole Frunz Wallimann